

# **Friedhofsordnung**

## **für die Friedhöfe des Evangelischen Friedhofs Zweckverbandes Kemnitz-Hanshagen**

Gemäß § 55 der Verordnung für die Vermögens- und Finanzverwaltung der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und kirchlichen Verbände in der Evangelischen Kirche der Union - Kirchliche Verwaltungsordnung (VwO) - vom 1. Juli 1998 hat der Verbandsausschuss des Ev. Friedhofs Zweckverbandes Kemnitz-Hanshagen am 11.11.2011 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

### **I. Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1**

#### **Geltungsbereich und Friedhofs Zweck**

- 1) Diese Friedhofsordnung gilt für die Friedhöfe des Evangelischen Ev. Friedhofs Zweckverbandes Kemnitz-Hanshagen in seiner jeweiligen Größe. Die Friedhöfe umfassen zur Zeit Gemarkung Hanshagen, Flur 3, Flurstück/e 182, 183/4 und 284 Gemarkung Kemnitz, Flur 4, Flurstück 19 sowie Gemarkung Kemnitz, Flur 2, Flurstück 87. Eigentümer der Flurstücke sind die Kirchengemeinden Kemnitz und Hanshagen.
- 2) Die kirchlichen Friedhöfe sind zur Bestattung der verstorbenen Gemeindeglieder bestimmt.
- 3) Ferner werden auf dem Friedhof bestattet:
  - a) Glieder anderer evangelischer Kirchengemeinden,
  - b) Angehörige anderer christlicher Religionsgemeinschaften, die am Ort keinen eigenen Friedhof besitzen und
  - c) andere Personen, wenn ein zu ihrer Aufnahme verpflichteter Friedhof am Ort nicht vorhanden ist (Monopolfriedhof).
- 4) Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Verbandsausschusses.

#### **§ 2**

#### **Außerdienststellung und Entwidmung**

- 1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile oder einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- 2) Nach der beschränkten Schließung werden Nutzungsrechte nicht mehr verliehen. Eine Verlängerung von Nutzungsrechten erfolgt lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit. Beisetzungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Beisetzungsberechtigten; nachträgliche Ausnahmen von dieser Einschränkung kann der Verbandsausschuss im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten genehmigen.
- 3) Nach der Schließung dürfen Beisetzungen nicht mehr vorgenommen werden.
- 4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

#### **§ 3**

#### **Friedhofsverwaltung**

- 1) Der Friedhof ist eine öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer unselbständigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Verbandsausschuss verwaltet.

- 2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung, den kirchlichen Bestimmungen und den allgemeinen staatlichen Vorschriften.
- 3) Mit der Wahrnehmung der laufenden Verwaltungsaufgaben kann der Verbandsausschuss einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.
- 4) Die kirchliche Aufsicht richtet sich nach dem jeweils geltenden kirchlichen Recht.

#### **§ 4 Amtshandlungen**

- 1) Bestattungen sind rechtzeitig vorher bei dem Pfarramt der Friedhofsträgerin anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leitet und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.
- 2) Das Pfarramt der Friedhofsträgerin kann nach Anhörung des Verbandsausschusses denjenigen, der die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn er verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- 3) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der Genehmigung des Verbandsausschusses.

#### **§ 5 Haftung**

Der Ev. Friedhofszeitungsverband als Friedhofsträger haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen, durch Tiere oder durch höhere Gewalt entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.

### **II. Ordnungsvorschriften**

#### **§ 6 Öffnungszeiten**

- 1) Der Friedhof ist tagsüber bzw. während der an den Eingängen bekanntgegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- 2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise vorübergehend für den Besuch geschlossen werden.

#### **§ 7 Verhalten auf dem Friedhof**

- 1) Der Friedhof erfordert ein der Würde des Ortes entsprechendes Verhalten. Äußerungen, die sich gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, sind zu unterlassen.
- 2) Kinder unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung und unter der Verantwortung Erwachsener betreten.
- 3) Auf dem Friedhof ist nicht gestattet:
  - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Kinderwagen, Handwagen und Rollstühlen, zu befahren,
  - b) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten und Druckschriften zu verteilen,
  - c) Tiere, mit Ausnahme von Blindenhunden, mitzubringen,
  - d) Abraum außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze abzulegen,
  - e) Einrichtungen und Anlagen einschließlich der Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
  - f) zu lärmern und zu spielen,
  - g) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe von Bestattungsfeiern Arbeiten auszuführen.
- 4) Der Verbandsausschuss kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen anderer nicht beeinträchtigt werden.

- 5) Der Verbandsausschuss kann für die Ordnung auf dem Friedhof weitere Bestimmungen erlassen.
- 6) Den Anordnungen der mit der Aufsicht betrauten Personen ist Folge zu leisten.
- 7) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltung bedürfen der Zustimmung des Verbandsausschuss. Sie sind spätestens eine Woche vorher anzumelden.

### **§ 8**

#### **Gewerbliche Arbeiten**

- 1) Gewerbetreibende haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
  - 2) Eine gewerbliche Tätigkeit kann vom Verbandsausschuss untersagt werden, wenn der Gewerbetreibende wiederholt gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat und ihm danach schriftlich mitgeteilt worden ist, daß die weitere gewerbliche Tätigkeit im Wiederholungsfall untersagt werden wird.
  - 3) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen, bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, daß eine Behinderung anderer ausgeschlossen ist. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofes gereinigt werden.
  - 4) Gewerbetreibende haften gegenüber dem Friedhofszweckverband für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.
  - 5) Gewerbetreibende bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch den Verbandsausschuss.
- Für in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassene nichtdeutsche Gewerbetreibende bzw. Dienstleistungserbringer erfolgt keine vorherige Zulassung entsprechend der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

### **III. Allgemeine Bestattungsvorschriften**

#### **§ 9**

#### **Anmeldung einer Bestattung**

- 1) Bestattungen sind unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig anzumelden.
- 2) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- 3) Der Zeitpunkt der Bestattung wird im Einvernehmen mit den Angehörigen festgelegt.

#### **§ 10**

#### **Ruhezeiten**

Die Ruhezeit für Leichen 25 Jahre und Aschen beträgt 25Jahre.

#### **§ 11**

#### **Särge**

- 1) Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, daß jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Sie dürfen nicht aus schwer vergänglichen Stoffen hergestellt sein, soweit nicht anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist.
- 2) Die Särge sollen höchstens 2,05 m lang, im Mittelmaß 0,68 m hoch und 0,65 m breit sein. Sind größere Särge erforderlich, so ist dies dem Verbandsauschuss bei der Anmeldung der Bestattung mitzuteilen.

## **§ 12 Umbettungen und Ausgrabungen**

- 1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- 2) Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses können Leichen oder Aschen in ein anderes Grab gleicher Art umgebettet werden. Die Nutzungsberechtigten sind vorher zu hören, es sei denn, dass die Anschriften nicht rechtzeitig ermittelt werden können.
- 3) Ausnahmsweise kann auch den Angehörigen bei besonders gewichtigen Gründen ein Recht auf Umbettung zustehen. Antragsberechtigt ist der jeweilige Nutzungsberechtigte. Bei allen Umbettungen muß das Einverständnis des Ehegatten, der Kinder und der Eltern durch schriftliche Erklärung nachgewiesen werden. Der Antragsteller hat sich schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen etwa entstehen.
- 4) Jede Umbettung bedarf der vorherigen Genehmigung des Verbandsausschusses. Bei der Umbettung von Leichen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, kann die Genehmigung erst erteilt werden, wenn für die Umbettung die schriftliche Genehmigung der Ordnungsbehörde und eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes vorliegen. Umbettungen von Leichen oder Aschen aus einem Reihengrab in ein anderes Reihengrab des gleichen Friedhofes sind mit Ausnahme der Fälle des Absatzes 2 nicht zulässig.
- 5) Die Grabmale und ihr Zubehör können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen der neuen Grababteilung nicht entgegenstehen.
- 6) Leichen oder Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder richterlichen Anordnung.

## **IV. Grabstätten**

### **§ 13 Arten und Größen**

- 1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:
  - a) Sargwahlgrabstätten
  - b) Urnenwahlgrabstätten
  - c) Gemeinschaftsanlage für Urnen
  - d) Urnenbaumbestattungen mit Namensnennung
  - e) Sargrasengräber
- 2) An den Grabstätten werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach dieser Friedhofsordnung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen.
- 3) Rechte an einer Grabstätte werden nur beim Todesfalle verliehen. Der Verbandsausschuss kann Ausnahmen zulassen.
- 4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche beigesetzt werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbene Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle beigesetzt werden.
- 5) In einer bereits belegten Wahlgrabstelle dürfen zusätzlich 2 Aschen beigesetzt werden wenn der bereits Beigesetzte der Ehegatte oder ein naher Verwandter des Beizusetzenden war.
- 6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen folgende Größen haben
 

a) von Erwachsenen:	Länge: 2,50 m	Breite: 1,50 m
---------------------	---------------	----------------

b) für Urnen: Länge: 2,50 m Breite: 1,50 m

c) für Urnen in Gemeinschaftsanlage : Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m .

Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

7) Die Mindesttiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche(ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m.

8) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

9) Gräber dürfen nur von denjenigen ausgehoben und geschlossen werden, die dafür vom Verbandsausschuss bestimmt oder zugelassen sind.

## § 14 Sarggrabstätten

### Sargwahlgrabstätten

1) Wahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben. Die Dauer des Nutzungsrechts beträgt 25 Jahre vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Bescheinigung ausgestellt.

2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 2 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um 10 Jahre verlängert werden. Der Verbandsausschuss ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Beisetzung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

3) In einer Wahlgrabstätte dürfen der Nutzungsberechtigte und folgende Angehörige des Nutzungsberechtigten beigesetzt werden:

- a) Ehegatte,
- b) Kinder (eheliche, nichteheliche, als Kind angenommene Kinder) (Hierunter fallen nicht Stiefkinder des Nutzungsberechtigten. Stiefkinder können gemäß Unterabsatz 3 als Angehörige des Ehegatten beisetzungsberechtigt werden.)
- c) Enkel (eheliche, nichteheliche, als Kind angenommene Kinder der Kinder),
- d) Eltern (auch Annehmende von als Kind angenommene Personen),
- e) Geschwister (auch Halbgeschwister<sup>3)</sup>),
- f) Großeltern (auch Eltern der Annehmenden, die eine Person als Kind angenommen haben),
- g) Ehegatten der Kinder, der Enkel, der Geschwister,
- h) Erben, die nicht unter den vorgenannten Personenkreis fallen, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

Grundsätzlich entscheidet der Nutzungsberechtigte, wer von den beisetzungsberechtigten Personen beigesetzt wird. Kann nach dem Tode eines Beisetzungsberechtigten die Entscheidung des Nutzungsberechtigten dem Verbandsausschuss nicht rechtzeitig vor der Beisetzung mitgeteilt werden, so ist der Verbandsausschuss nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Beisetzung zuzulassen.

Die Beisetzung anderer Personen, auch nichtverwandter Personen (z. B. Angehörige des Ehegatten, Stiefkinder des Nutzungsberechtigten oder seines Ehegatten, Stiefgeschwister, Verlobte) bedarf eines Antrages des Nutzungsberechtigten und der Genehmigung des Verbandsausschusses. (Halbgeschwister sind Geschwister, die von einem gemeinsamen Elternteil abstammen. Stiefgeschwister sind Geschwister, die keinen gemeinsamen Elternteil haben.)

4) Der Nutzungsberechtigte kann zu seinen Lebzeiten sein Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 a) - h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen des bisherigen und des neuen Nutzungsberechtigten sowie die schriftliche Genehmigung des Verbandsausschusses erforderlich.

- 5) Der Nutzungsberechtigte soll dem Verbandsausschuss schriftlich mitteilen, auf welchen seiner beisetzungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach seinem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung des Rechtsnachfolgers ist nach Möglichkeit beizubringen.
- 6) Hat der Nutzungsberechtigte nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach seinem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 beisetzungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu.
- 7) Der Rechtsnachfolger hat dem Verbandsausschuss auf dessen Verlangen nachzuweisen, daß er neuer Nutzungsberechtigter ist. Ist der Rechtsnachfolger nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die auf Grund seines Nutzungsrechtes beisetzungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.
- 8) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstellen kann jederzeit an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhefrist, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung. Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 2 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

### **Sargrasengrabstätten**

- 1) Sargrasengräber werden einzeln auf dafür vorgesehenen Plätzen vergeben. Ab der Beerdigung beträgt die Ruhezeit 25 Jahre.
- 2) Auf Sargrasengräbern werden aufrechte Grabsteine errichtet.
- 3) Die Rasengräber werden im Auftrag des Friedhofsträgers gepflegt. Jegliche Bepflanzungen durch die Nutzungsberechtigten sind untersagt.
- 4) Blumen und Gebinde dürfen nur auf den dafür vorgewiesenen Plätzen abgelegt werden. Das ist bei Sargrasengräbern der Grabsteinsockel.
- 5) Der Nutzungsberechtigte ist für das Aufstellen des Grabsteines verantwortlich.

## **15**

### **Urnenwahlgrabstätten**

Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Sargwahlgrabstätten auch für Urnenwahlgrabstätten.

## **§ 16**

### **Gemeinschaftsanlage für Urnen**

- 1) Gemeinschaftsanlagen sind Grabstätten mit einer Urne für die Dauer von 25 Jahren vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.
- 2) Die Grabstellen werden von der Friedhofsverwaltung in den Gemeinschaftsanlagen für die gesamte Dauer der Ruhefrist gepflegt. Angehörige oder andere Personen sind nicht berechtigt, Pflegeleistungen durchzuführen und sonstige Veränderungen vorzunehmen.
- 3) Die Niederlegung von Kränzen und Blumen darf nur an der dafür bestimmten Stelle erfolgen.

- 4) Die Gestaltung und Pflege wird beim Erwerb der Grabstelle in einer Gesamtsumme bezahlt.
- 5) Nutzungsberechtigte haben die Möglichkeit, die Grabstätte mit einer Grabplatte in einheitlicher Größe 30x30 cm im Farbton anthrazit und mit der Inschrift des Vor- und Familiennamen versehen zu lassen. Auf Wunsch der Nutzungsberechtigten kann die Platte auch mit Geburts- und Sterbejahr ergänzt werden.

### **§ 17**

#### **Baumbestattungen mit Namensnennung**

- 1) Im als Bestattungsbäume gekennzeichneten Abschnitt des Friedhofes erfolgt eine Beisetzung der Asche ausschließlich im Wurzelbereich der Bäume.
- 2) Die Bestattungsflächen mit den darauf befindlichen Bäumen werden nach dem Konzept „Friedwald „ genutzt. Hierbei werden ausnahmslos biologisch abbaubare Urnen beigesetzt.
- 3) Die Urnenplätze werden mit einem Schild aus Holz in der Nähe des Baumes am Urnenplatz in Länge 20 cm x 15 cm gekennzeichnet.
- 4) Die Urnenbeisetzung wird in Abstimmung mit dem Friedhofsträger gestaltet. Die Beisetzung wird ausschließlich vom Friedhofsträger oder einem von ihr beauftragten Dritten vorgenommen.
- 5) Im Wurzelbereich der Bäume und auf dem Waldboden dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden. Insbesondere ist es nicht gestattet:
- a) Grabmale , Gedenksteine oder Baulichkeiten zu errichten
  - b) Kränze, Grabschmuck oder Erinnerungsstücke niederzulegen
  - c) Kerzen oder Lampen aufzustellen und ohne Erlaubnis des Betreibers Anpflanzungen vor – zunehmen.
- 6) Nutzungsrechte für Urnenbaumbestattungen werden nicht vergeben.
- 7) Ein Rechtsanspruch auf alleinige Nutzung eines Bestattungsplatzes nur durch eine Familie (so genannter Familienbaum) oder Gemeinschaft besteht nicht.

### **§ 18**

#### **Grabregister**

Der Verbandsausschuss führt Verzeichnisse der Beigesetzten, der Grabstätten, der Nutzungsrechte und der Ruhezeiten.

### **§ 19**

#### **Ehrengrabstätten**

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten (einzeln oder in geschlossenen Feldern) obliegen dem Verbandsausschuss.

## **V. Gestaltung der Grabstätten und der Grabmale**

### **§ 20**

#### **Anlage und Unterhaltung der Grabstätten**

- 1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, daß die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird. Bei der

Gestaltung sind die Richtlinien über die Gestaltung der Grabstätten und Grabmale (Anhang) zu beachten. Sie sind Bestandteil der Friedhofsordnung.

2) Jede Grabstätte muß innerhalb von 6 Monaten nach der Belegung oder dem Erwerb des Nutzungsrechtes vom Nutzungsberechtigten hergerichtet und dauernd angemessen instandgehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen. Für die Anlage und Pflege der Grabstätten und nach Liegezeitende zur Beräumung der Grabstelle sind die jeweiligen Nutzungsberechtigten verantwortlich.

3) Wird eine Grabstätte nicht den Vorschriften entsprechend angelegt oder länger als 1 Jahr in der Unterhaltung vernachlässigt, so wird der Nutzungsberechtigte oder, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, einer der nächsten Angehörigen zur Beseitigung der Mängel in angemessener Frist schriftlich aufgefordert. Ist der Nutzungsberechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche auf 3 Monate befristete Aufforderung zur Beseitigung der Mängel. Werden die Mängel nicht in der gesetzten Frist beseitigt, so kann der Verbandsausschuss die Grabstätte einebnen und begrünen lassen auf Kosten des Nutzungsberechtigten.

Grabmale können nur gemäß § 24 entfernt werden.

4) Der Nutzungsberechtigte darf gärtnerische Anlagen neben der Grabstätte nicht verändern.

## **§ 21 Grabgewölbe**

1) Grabgewölbe, Urnenkammern und Mausoleen dürfen nicht gebaut werden. Sind solche Anlagen bei Inkrafttreten dieser Ordnung vorhanden, so sind sie vom Nutzungsberechtigten in einem ordnungsmäßigen Zustand zu erhalten oder zu beseitigen. Im Übrigen gelten § 23 Absätze 3 und 4 entsprechend.

2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur zulässig, wenn sich die Nutzungsberechtigten Personen durch schriftlichen Vertrag gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflichten zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechtes sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den zuletzt Nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25 bleibt davon unberührt.

## **§ 22 Errichtung und Veränderung von Grabmalen**

1) Alle Grabmale, die nicht den im Anhang zur Friedhofsordnung festgelegten Richtlinien entsprechen, dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung des Verbandsausschusses errichtet oder verändert werden. Die Genehmigung ist vor Aufstellung oder Änderung beim Verbandsausschuss schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist eine Zeichnung im Maßstab 1: 10 beizufügen, aus der im Besonderen die Anordnung von Schrift und Symbol auf dem Grabmal ersichtlich ist. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn auf einem bereits vorhanden Grabmal anlässlich einer weiteren Beisetzung lediglich der Name, die Berufsbezeichnung, das Geburts- und Sterbedatum des Beigesetzten in gleicher Ausführung wie die vorhandene Beschriftung angebracht werden soll.

2) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals nicht der genehmigten Zeichnung und ist sie nicht genehmigungsfähig, setzt der Verbandsausschuss dem Nutzungsberechtigten eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann der Verbandsausschuss die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen. Bei nicht ordnungsgemäßer Gründung und Befestigung des Grabmals gilt § 23 Absatz 5.

3) Die Errichtung und Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verbandsausschusses. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.



### **§ 23**

#### **Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen**

- 1) Gestaltung und Inschrift der Grabmale dürfen nichts enthalten, was das christliche Empfinden verletzt oder der Würde des Ortes entgegensteht. Im Übrigen gelten § 20 Absatz 1 Sätze 2 bis 3 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- 2) Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu gründen und so zu befestigen, daß sie dauerhaft standsicher sind.
- 3) Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen sind dauernd in gutem Zustand zu erhalten. Hierfür ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich.
- 4) Der Nutzungsberechtigte hat insbesondere für die Standsicherheit zu sorgen und haftet für Schäden, die durch eine Verletzung dieser Pflicht entstehen. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Nutzungsberechtigte zur Abwendung der Gefahr die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat.
- 5) Mängel hat der Nutzungsberechtigte unverzüglich beseitigen zu lassen. Geschieht dies nicht, so kann der Verbandsausschuss die Anlage auf Kosten des Nutzungsberechtigten instandsetzen oder beseitigen lassen. Wenn keine unmittelbare Gefahr besteht, erhält der Nutzungsberechtigte vorher eine Aufforderung. Ist er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, wird die Aufforderung als Bekanntmachung veröffentlicht. Bei unmittelbarer Gefahr ist der Verbandsausschuss berechtigt, ohne vorherige Aufforderung an den Nutzungsberechtigten das Grabmal umzulegen oder andere geeignete Maßnahmen durchzuführen. Der Nutzungsberechtigte erhält danach eine Aufforderung, die Grabstätte oder das Grabmal wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Geschieht dies nicht, so kann der Verbandsausschuss die notwendigen Arbeiten auf Kosten des Nutzungsberechtigten durchführen oder das Grabmal entfernen lassen.

### **§ 24**

#### **Entfernung von Grabmalen**

- 1) Grabmale dürfen während der Dauer des Nutzungsrechts an der Grabstätte nur mit Genehmigung des Verbandsausschusses entfernt werden.
- 2) Nach Ablauf der Nutzungszeit veranlaßt der Nutzungsberechtigte die Entfernung der Grabmale und sonstigen Anlagen. Sofern dies nicht erfolgt veranlaßt der Verbandsausschuss die Beräumung der Grabstelle. Unberührt bleibt § 25. Der Friedhofszeitverband hat keinen Ersatz für Grabmale und sonstige Anlagen zu leisten. Er ist auch zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und sonstiger Anlagen nicht verpflichtet. Die Verbandsausschuss hat ebenfalls keinen Gebührenbetrag zu erstatten, wenn der bisherige Nutzungsberechtigte selbst abräumt.

### **§ 25**

#### **Grabmale mit Denkmalwert**

Grabmale mit Denkmalwert werden nach Möglichkeit vom Friedhofszeitverband erhalten.

### **§ 26**

#### **Kirche**

- (1) Für die Trauerfeier steht die Kirche zur Verfügung. Sie dient bei der kirchlichen Bestattung als Stätte der Verkündigung.

(2) Die Benutzung der Kirche durch andere Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften bedarf der vorherigen Genehmigung der Friedhofsträgerin. Bei den Trauerfeiern darf der christliche Glaube nicht verunglimpft werden. Christliche Symbole in der Kirche dürfen nicht verdeckt, verändert oder entfernt werden. Weitere Symbole dürfen nicht verwendet werden.

(3) Die Benutzung kann versagt werden, wenn der Verstorbene im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Bundes-Seuchengesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihm der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

(4) Die Grunddekoration der Kirche besorgt die Friedhofsträgerin. Zusätzliche Dekorationen sind mit der Friedhofsträgerin abzustimmen.

## **§ 27**

### **Musikalische Darbietungen**

(1) Für besondere musikalische Darbietungen bei Bestattungsfeiern in der Kirche und auf dem Friedhof ist vorher die Genehmigung der Pfarrerin oder des Pfarrers einzuholen.

(2) Feierlichkeiten sowie Musikdarbietungen auf dem Friedhof außerhalb der Bestattungsfeier bedürfen der vorherigen Genehmigung der Friedhofsträgerin.

(3) Wer dieser Bestimmung zuwiderhandelt, kann durch eine beauftragte Person der Friedhofsträgerin zum Verlassen des Friedhofes veranlasst, gegebenenfalls durch die Friedhofsträgerin wegen Hausfriedensbruch zur Anzeige gebracht werden.

## **VI. Gebühren**

### **§ 28**

#### **Gebührenordnung**

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtung werden Gebühren nach der jeweils geltenden Gebührenordnung erhoben.

## **VII. Übergangs- u. Schlußvorschriften**

### **§ 29**

#### **Übergangsvorschriften**

1) Diese Ordnung gilt für alle bestehenden Nutzungsrechte.

### **§ 30**

#### **Kirchenaufsichtliche Genehmigung**

1) Diese Friedhofsordnung und alle Änderungen hierzu bedürfen zu ihrer Gültigkeit der kirchenaufsichtlichen Genehmigung und der öffentlichen Bekanntmachung.

2) Öffentliche Bekanntmachungen oder Aufforderungen erfolgen im vollen Wortlaut im Amtsblatt.

**§ 31  
Inkrafttreten**

Diese Friedhofsordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die bisherigen Bestimmungen der Kirchengemeinde für den Friedhof außer Kraft.

Hanshagen, den 11.11.11

Der Verbandsausschuss

Vorsitzender

Siegel

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß Artikel 26 der Verfassung der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland kirchenaufsichtlich genehmigt.

Kirchenkreis:

Siegel:

Unterschrift: